

IG Metall Reutlingen / Tübingen
z. Hd. Herrn Gert Bauer und Herrn Ernst Blinzinger

Per E-Mail

Tübingen, 28. Juli 2013

Stellungnahme zur Eninger Erklärung

Sehr geehrter Herr Bauer, sehr geehrter Herr Blinzinger,

herzlichen Dank für Ihren Brief vom 6. Juni 2013 zur Eninger Erklärung der Delegiertenversammlung der IG Metall Reutlingen-Tübingen vom 25.03.2012. Gerne nutze ich Ihre Einladung, dazu Stellung zu nehmen.

Ich teile Ihre Ansicht, dass Menschen „gute Arbeit“ brauchen, um es gesund bis zur Rente zu schaffen. Vor allem glaube ich, dass Menschen gute Arbeit brauchen, damit sie sparen und Eigentum erwerben können – denn das ist der beste Schutz vor Altersarmut. Als Vater von drei kleinen Kindern, der als Angestellter einer Stiftung im akademischen Mittelbau beschäftigt ist, teile ich mit vermutlich allen Mitgliedern der IG Metall die Ansicht und die Hoffnung, in der Phase meines Erwerbsleben auch die Grundlagen für ein möglichst sorgenfreies Alter legen zu können.

Ebenso teilen Liberale und Gewerkschaften traditionell den Wunsch, in einer Gesellschaft zu leben, in der jeder Mensch faire Chancen hat, sich ein Stückchen Wohlstand und Unabhängigkeit zu erarbeiten. Jeder Mensch soll – unabhängig von Herkunft oder Geschlecht – faire Chancen haben, sozial und wirtschaftlich aufsteigen zu können. Das ist gleichzeitig der beste Schutz davor, dass Bedürftigkeit überhaupt entsteht – und wo sie aber besteht, ist es selbstverständlich, dass Bedürftige in Not unsere solidarische Hilfe erhalten.

Hilfe in Not ist das Gebot der Bedürfnisgerechtigkeit, der ersten von drei Säulen sozialer Gerechtigkeit, wie wir Liberale sie verstehen. Zweitens sollen alle Menschen die Chance haben, auf eigenen Beinen zu stehen – das ist Chancengerechtigkeit, die für Bedürftige heißt, dass sie faire Chancen haben müssen, ihre Bedürftigkeit zu überwinden. Die dritte Säule ist Leistungsgerechtigkeit: Fleiß, Anstrengung oder Leistung – wie immer Sie harte Arbeit nennen wollen – soll sich auch am Monatsende auszahlen.

Allerdings unterscheiden sich die Ansichten von FDP und IG Metall ganz offenbar erheblich, wenn es um die Frage geht, wie wir eine solche gerechte Gesellschaft ermöglichen. Denn das Leitbild einer gerechten und solidarischen Gesellschaft begründet für uns ganz andere – und, wie ich finde, auch langfristig gerechtere – Positionen als diejenigen, die ich in Ihrer doch sehr einseitigen und wirklichkeitsfremden Eninger Erklärung finde. Warum, das will ich Ihnen im Folgenden darlegen.

Wir Liberale sind der Ansicht, dass soziale Marktwirtschaft nicht nur deshalb sozial ist, weil sie die Gewinne ermöglicht, die wir für Chancengerechtigkeit – etwa durch Bildung oder am Arbeitsmarkt – umverteilen und neu investieren können. Sondern wir glauben, dass die Marktwirtschaft auch dann sozial ist, wenn sie floriert und Arbeitsplätze schafft – weil die Leistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dann im Sinne der Leistungsgerechtigkeit nachgefragt und fair belohnt wird.

Gerade weil die Gewerkschaften sich in der Sozialpartnerschaft mit Arbeitgebern als faire Lohnfinder erwiesen haben, setzt übrigens unser Modell der Lohnuntergrenze auf die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der von Branche und Region abhängigen Festsetzung und Übertragung von Lohnuntergrenzen. Im Gegensatz dazu wollen SPD, Linke und Grüne die Tarifparteien bei der Lohnfindung entmachten. Sie wollen, dass das Parlament einen einheitlichen Mindestlohn festlegt, der absehbar und pünktlich zu jeder Wahl erhöht werden kann. Schon heute ist die Diskussion über die mögliche Höhe des Mindestlohns ja ein fröhliches Wunschkonzert, wie die Podiumsdiskussion der IG Metall mit uns Kandidaten des Wahlkreises 290 zeigte.

Im Ansatz von SPD, Linken und Grünen zum Mindestlohn scheint ein Politikverständnis auf, dem die FDP als einzige Partei in Deutschland deutlich entgegentritt. Ich will Ihnen das darlegen, um deutlich zu machen, aus welcher Haltung heraus mich weite Teile der Eninger Erklärung befremden. Alle drei Parteien reklamieren immer mehr soziale Zuständigkeiten und Aufgaben für den Staat. Die Finanzierung lief in der Vergangenheit – und in vielen Bundesländern, NRW an der Spitze, heute noch – über Verschuldung sowie natürlich Steuererhöhungen. Das ist ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Sozialbürokratie und zunehmend ein Arbeitsplatzvernichtungsprogramm für Industriearbeiter – und es verlagert die Verantwortung für die soziale Sicherung und Altersvorsorge weg von mündigen Menschen hin zum versorgenden Staat.

Nun tun die drei Parteien so, als wollten sie für neue staatliche Aufgaben nur die Reichsten der wirklich Reichen belasten – zahlen sollen immer die Anderen. Aber das stimmt leider nicht: Denn erstens trifft das rot-rot-grüne Steuererhöhungsprogramm schon baden-württembergische Facharbeiter. Zweitens trifft die geplante Vermögenabgabe die zahlreichen Familienunternehmen, bei denen die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt sind. Der Focus kommentiert die entsprechenden Steuerpläne im Januar 2013 so: „Das trifft besonders persönlich haftende Familienunternehmer, deren Eigenkapitalbasis erheblich geschröpft wird – mit negativen Folgen auch für Investitionen und Beschäftigung. Denn es waren gerade solche Betriebe, die in den Krisenjahren auf Geschäftseinbrüche bis hin zum Stillstand nicht mit Massenentlassungen reagiert haben. Damals haben sie aus der Substanz einfach weiter Löhne und Gehälter gezahlt. Künftig soll der Sicherheitspuffer, den Unternehmen zum Überleben in guten wie in schweren Zeiten brauchen, schrittweise in die Staatskasse verlagert werden. (...) Merkwürdigerweise glaubt eine wachsende Zahl von Menschen im Lande, dass der Staat mit den Volksvermögen besser umgehen kann als die, die es erwirtschaftet haben.“ Diese Befürchtungen teile ich.

Man muss gar nicht gleich den Arbeitgebern der DIHK glauben, dass die absehbaren Belastungen für den Mittelstand 1,8 Millionen Arbeitsplätze kosten – aber es ist doch nach meiner Einschätzung in höchstem

Maße unverantwortlich, so zu tun, als hätten die rot-rot-grünen Steuerpläne keinerlei negativen Auswirkungen auf IG Metall-Mitglieder und ihre Arbeitsplätze. Im Gegenteil – und ich hoffe, das sagen Sie Ihren Mitgliedern auch deutlich!

Aber die steigende Steuerlast und die dabei verloren gehenden Arbeitsplätze sind ohnehin nur die Hälfte der Wahrheit, die SPD, Linke und Grüne verschweigen. Die andere Hälfte ist: Diese Parteien verweigern immer wieder die Entlastung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer– weil sie die Steuereinnahmen brauchen, um damit immer neue, im Wahlkampf stets populäre staatliche Leistungen zu bezahlen.

So wollen SPD, Linke und Grüne Wahlen gewinnen: Soziale Wohltaten versprechen, die hart arbeitende Menschen – und vor allem deren Kinder – dann aber selbst zu bezahlen haben. Wo die hohe Steuerbelastung zu Lasten von Ersparnissen und Eigentum gehen, weil am Monatsende und für die Rentenvorsorge kaum noch etwas übrig bleibt, können dann mit Erfolg neue oder höhere Sozialleistungen versprochen werden. Letztendlich ein absurder Kreislauf, an dem sich neben der IG Metall mit ihrer Eninger Erklärung übrigens auch die CDU leider nur zu gerne anschließt. So gibt es für Familien mittlerweile 156 mögliche Leistungen, mit denen 200 Milliarden Euro umverteilt werden – statt dass man Familien von Vorneherein mehr Geld in der Kasse lässt, beispielsweise, wie es die FDP fordert, durch eine schrittweise Anhebung der Freibeträge der Kinder auf das Niveau der Freibeträge der Erwachsenen. Das würde bestimmte finanzielle Probleme von Familien gar nicht erst entstehen lassen – statt dass sie herbeigeführt und ihr Fortbestand dann mit Steuergeldern finanziert werden.

Deshalb tritt die FDP immer wieder und so hartnäckig für Entlastung der kleineren und mittleren Einkommen ein. Wir wollen, dass Menschen am Ende des Monats mehr hart erarbeitetes eigenes Geld für die eigene Altersvorsorge in der eigenen Kasse haben, statt dass immer mehr Steuern eingezogen werden, die mit immer neuen Sozialleistungen – und nach Abzug der Bürokratiekosten – dann mit Dank an SPD Linke und Grüne wieder ausbezahlt werden sollen. Mehr Geld in der Kasse hätten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der vergangenen Wahlperiode zum Beispiel haben können, wenn FDP und CDU die Abmilderung der kalten Progression hätten durchsetzen können – also eine Abmilderung der automatischen Steuererhöhung für Industriearbeiter, Krankenschwestern, Kindergärtnerinnen und Busfahrer, die eintritt, wenn die Einkommensteuersätze nicht der Preissteigerung angepasst werden. Mit der von uns vorgeschlagenen Abmilderung hätten wir vor allem die kleinen und mittleren Einkommen jedes Jahr um ca. 6 Milliarden Euro entlastet. Aber leider haben SPD, Grüne und Linke das im Bundesrat verhindert – und die Gewerkschaften haben ihnen das durchgehen lassen! Für mich unverständlich – warum?

Mehr hart erarbeitetes eigenes Geld für die eigene Altersvorsorge in der eigenen Kasse möchte die FDP auch ermöglichen, indem wir die Sondersteuer für den Aufbau Ost, den sogenannten „Solidaritätszuschlag“ – wie eigentlich vereinbart, aber absehbar von SPD, Linken und Grünen bekämpft – spätestens 2019 abschaffen. Wir Liberale wollen, dass in einem ersten Reformschritt der Soli 2014 bei geringfügiger Beschäftigung wegfällt und die Freigrenzen bei der Festsetzung des Solidaritätszuschlags so gestaltet werden, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erst ab einem Bruttojahreseinkommen von mehr als 50.000 Euro vom Solidaritätszuschlag betroffen sind. Auch das brächte eine Entlastung von knapp 6

Milliarden Euro – direkt in die eigene Kasse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern!

Unsere Steuerpolitik will mehr Leistungsgerechtigkeit für hart arbeitende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aber leider ist zu erwarten, dass SPD, Grüne und Linke auch in Zukunft kleine und mittlere Einkommen in Ost und West mit dem Soli belasten wollen. SPD, Linke und Grüne verweigern damit Leistungsgerechtigkeit – zu Lasten privaten Sparens, eigenen Eigentums und Arbeitsplätzen.

Noch nie hatte der deutsche Staat so hohe Steuereinnahmen wie heute – und trotzdem wollen SPD, Linke und Grüne nicht nur Steuersenkungen verhindern, sondern streben auch noch arbeitsplatzfeindliche Steuererhöhungen an.

Der große Kurt Schumacher hat gerne gesagt, Politik beginne mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Beginnen wir deshalb mit einem Blick auf die Bilanz der schwarz-gelben Koalition für Arbeitnehmer: Wir haben die niedrigste Arbeitslosenzahl seit 20 Jahren und die höchste Erwerbstätigenzahl in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. 41,6 Millionen Menschen sind erwerbstätig. Wir haben die höchste Zahl an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zum ersten Mal seit 45 Jahren sinkt auch in einem Aufschwung die Zahl der Langzeitarbeitslosen, seit Regierungsantritt um 250.000. Die Kinderarmut nimmt ab, und auch die Ungleichheit der Einkommen nimmt seit 2005 ab. Nach Angaben des DIW entsprachen im Jahr 2010 die Unterschiede bei den Markteinkommen etwa dem Stand vom Beginn des vergangenen Jahrzehnts. Auch die Reallöhne sind seit 2009 bis 2011 um 3,4 Prozent gestiegen. Allein im Vergleich des zweiten Quartals 2012 zu 2011 sind die Reallöhne noch einmal um 0,6 Prozent gestiegen, für einzelne Berufsgruppen war die Steigerung sogar deutlich höher.

Das ist Ergebnis einer Politik der besten sozialen Ergebnisse, nicht der besten sozialen Absichten. Die FDP sorgt in der Koalition stets dafür, dass populärer Wunsch und Wirklichkeit in einer gesunden Balance stehen. Hinter jedem einzelnen Wunsch stecken doch auch, für sich genommen, immer gute Absichten und Begründungen – das respektiere ich. Nur fragen wir Liberale eben immer auch nach der Finanzierung und dem Gesamteffekt staatlich finanzierter Wünsche auf die Zuständigkeit der Bürgerinnen und Bürger für ihr eigenes Leben. Das macht die FDP sehr unpopulär und zur Zielscheibe von allerlei wirklichkeitsfremden Vorurteilen, wie sie auch bei der Podiumsdiskussion der Gewerkschaften am 17. Juli 2013 im Lamm öffentlich vertreten wurden. Leider bedient und befördert auch Ihre Eninger Erklärung diese Vorurteile. Das dient der Popularität der Gewerkschaftsfunktionäre, die die Eninger Erklärung verfasst haben, weit mehr, als es der Wahrheit dient.

Sie unterstellen zum Beispiel, die Rentenreformen der letzten zwanzig Jahre seien in erster Linie ein Geschenk an die Lobby der Versicherungswirtschaft. Ich nehme selten die Kollegen von SPD, Grünen und CDU in Schutz – aber ich finde ist schon einigermaßen dreist, allen diesen Regierungsparteien seit 1992 eine „gezielte Rentenpolitik“ zur Absenkung des Rentenniveaus zugunsten der „Finanzwirtschaft, also die Versicherungswirtschaft, die Banken und die Finanzdienstleister“ zu unterstellen.

Bitte nehmen Sie an dieser Stelle einmal die Herausforderungen des demographischen Wandels zur

Kenntnis, vor deren Hintergrund parteiübergreifend Rentenreformen für geboten gehalten und eingeleitet worden sind. Sie schreiben zu Recht, dass die Rentenregelaltersgrenze von 65 Jahren seit 1916 gilt. Und ohne Zweifel ist es ein Fortschritt, den wir der Freiheit in Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft verdanken, dass seither die Lebenserwartung von ca. 45 Jahren auf heute ca. 77 Jahre erheblich gestiegen ist. Niemand will doch, dass die Rentenregelzeit auch heute noch zwanzig Jahre hinter der durchschnittlichen Lebenserwartung liegt. Aber es ist ja nun auch kein Zivilisationsbruch, fast 100 Jahre nach Festlegung der Rentenregelzeit angesichts von 32 Jahren mehr Lebenserwartung und einer sinkenden Zahl von Einzahlern ins Umlageverfahren über eine Erhöhung des Renteneintrittsalters um zwei Jahre nachzudenken.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen auch noch eine andere Entwarnung geben. In der Eninger Erklärung heißt es an zentraler Stelle: „Und das Dickste: die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages hat mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP das Rentenalter ab 69 für 2060 beschlossen.“ Wären Sie doch einfach gleich bei der Wahrheit geblieben – Sie hätten Ihrer Delegiertenversammlung erspart, die Unwahrheit zu beschließen. Denn die Wahrheit ist, dass es sich bei der Erwähnung einer Rente mit 69 um einen Vorschlag des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung handelt, den die Enquete-Projektgruppe 4 in ihrem Abschlussbericht der Vollständigkeit halber protokolliert hat. Die Koalition hat sich an keiner Stelle diesen Vorschlag zu eigen gemacht. Wahr ist allerdings, dass FDP und CDU die von SPD und Grünen mit guten Gründen beschlossene schrittweise Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre verteidigt haben und sich nicht nur im Enquete-Bericht zur Haushaltskonsolidierung und einer arbeitsplatzfreundlichen Wirtschaftspolitik bekennen, um auch auf diese Weise einer real existierenden wachsenden Tragfähigkeitslücke des Rentensystems zu begegnen.

Jede ernsthafte Vorsorge gegen Altersarmut beginnt aus meiner Sicht damit, wie Kurt Schumacher der Wirklichkeit ins Auge zu blicken, statt sie weg zu wünschen. So hält die Eninger Erklärung zum Thema demographischer Wandel lediglich folgendes Postulat fest: „Insbesondere stellt die demographische Veränderung kein Problem dar.“ Als junger Vater empfinde ich, wenn ich Ihnen das einmal so deutlich sagen darf, diese Aussage schlicht als Ausdruck hilfloser Ignoranz gegenüber den Realitäten des demographischen Wandels. Ich wünsche den Mitgliedern der IG Metall jedenfalls, dass in Zukunft ihre Interessen nicht auf der Basis einer solchen Realitätsverweigerung vertreten werden.

Eine ernsthafte Vorsorge gegen Altersarmut hält dann auch nicht an einem einzigen System fest, das aus demographischen Gründen unter Druck kommt, sondern baut nach Meinung von uns Liberalen auf drei Säulen auf – erstens der weiterhin zentralen Säule der gesetzlichen Rente, die zweitens durch private und drittens durch betriebliche Vorsorge ergänzt wird. Nur eine Mischung aus umlagefinanzierter und kapitalgedeckter Vorsorge kann doch unterschiedliche Risiken und Sicherheiten ausgleichen. Der erworbene Lebensstandard kann voraussichtlich nur erhalten bleiben, wenn die finanziellen Spielräume des Alterseinkünftegesetzes und die staatliche Förderung genutzt werden, um eine zusätzliche Vorsorge aufzubauen. Eine in der Eninger Erklärung, wenn ich sie richtig interpretiere, offenbar geforderte Einheitsversicherung, zum Beispiel durch die Einbeziehung der berufsständischen Versorgungswerke, lehnen wir ab.

Dazu werden zusätzliche Lösungen erforderlich sein für Menschen mit stark variierenden und unterbrochenen Erwerbsbiografien. Sie könnten in Zukunft in die Gefahr kommen, am Ende des Erwerbslebens mit einem Rentenanspruch in der Größenordnung der Grundsicherung dazustehen. Ein möglicher Lösungsansatz könnte darin liegen, durch freiwillige, analog der Riester-Rente geförderte Leistungen Lücken im Rentenverlauf zu schließen oder kleinere Einzahlungen aufzustocken.

Auch für Geringverdiener wollen wir private Vorsorge attraktiv machen. Daher dürfen Einkommen aus privater und betrieblicher Vorsorge nur teilweise auf die Grundsicherung im Alter angerechnet werden. Dies ist ein wirksamer Beitrag, der Gefahr zukünftiger Altersarmut frühzeitig entgegenzuwirken. Zudem wollen wir Selbstständigen den Weg zur Riester-Förderung eröffnen. Die von Rot-Grün 2004 eingeführte doppelte Belastung der betrieblichen Altersvorsorge durch Sozialabgaben wollen wir wieder abschaffen. Schließlich: Nach der gegenwärtigen Rechtslage würden noch auf unabsehbare Zeit in Ost und West unterschiedliche Rentensysteme bestehen. Die Vereinheitlichung des Rentenrechts in Ost und West ist für uns ein Gebot der Fairness.

Ich wünsche mir, ich könnte Sie davon überzeugen, dass wir Liberale das bessere Rezept für eine sozial gerechte Gesellschaft haben, in der Fleiß und Anstrengung fair belohnt werden – so wie es ja auch das traditionelle Anliegen der Gewerkschaften ist. Aber wir müssen uns wohl eingestehen, dass Ihre Eninger Erklärung besser zur unverantwortlichen Wunschzettel-Politik von SPD, Linken und Grünen passt – zum langfristigen Schaden der Mitglieder der IG Metall, wie ich meine.

Ich bin allerdings überzeugt, dass es Mitglieder bei Ihnen gibt, die sich von der Eninger Erklärung schlecht vertreten fühlen, weil sie glauben, der wesentliche Gehalt sozialer Gerechtigkeit bestehe nicht in staatlicher Umverteilung, sondern in der Chance, im Laufe des Erwerbslebens am Ende des Monats noch genügend Geld für Vorsorge, Sparen und Eigentumserwerb übrig zu haben. Bitte empfehlen Sie doch diesen Mitgliedern, die FDP zu unterstützen!

Mit freundlichen Grüßen,

Christopher Gohl